

Stadtplanung: Kahlschlag im Schilderwald

12.02.2007 | 19:03 | MICHAEL LOHMEYER (Die Presse)

Planungsausschuss entscheidet über Tafeln, die seit 2004 in der Landschaft stehen – ohne Genehmigung.  
Die Presse (Clemens Fabry)

WIEN. Wie man Feinde gewinnt: Im Planungsausschuss des Rathauses, der am Mittwoch zusammentritt, werden gleich zwei heiße Eisen angefasst, die das Stadtbild nachhaltig verändern können. Konkret geht es um Plakatwände der Firma Gewista, die in der Brünnerstraße 311 am Rendezvous-Berg im 21. Bezirk in die Landschaft leuchten – von einer Begrenzungsmauer bzw. von einem grünen Blechzaun.

Sie stehen schon seit Jahren hier: Beim Magistrat ist für eine „Trapezflächeneinfriedung mit insgesamt 13 Werbeflächen an der Front Brünnerstraße“ das Ansuchen auf nachträgliche Genehmigung am 21. April 2004 gestellt worden (Aktenzahl: BB/21-1517-1/04). Morgen Mittwoch, 1. Februar des Jahres 2007, wird sich der Planungsausschuss damit befassen. Und nicht nur damit: Mittlerweile hat Gewista weitere Werbeflächen an der Brünner Straße beantragt.

Die vorliegenden Unterlagen lassen wenig Spielraum für Interpretationen durch die politischen Mandatäre zu: Die für Stadtteilplanung und Flächennutzung zuständige Magistratsabteilung 21 stellt in einem Schreiben vom 23. Jänner 2007 fest: „Das Vorhaben stellt eine Beeinträchtigung des Stadtbildes dar.“

Die MA19 (Architektur und Stadtgestaltung) setzt noch eins drauf. In einem Gutachten heißt es zur Vereinbarkeit der nachträglich beantragten Werbeflächen mit den stadtplanerischen Zielen: „Die Plakatwandflächen lassen aufgrund ihrer abschirmenden Wirkung, ihrer bezugslosen Positionierung, ihrer überdimensionalen Ausmaße, ihres marktschreierischen Charakters und ihrer Fremdartigkeit im Bezug auf das gegebene örtliche Stadtbild, dem Natur- und Erholungsraum völlig Gegensätzliches erkennen“. Ziel der Stadtplanung sei dagegen, den „charakteristischen Natureindruck“ zu erhalten und auszubauen.

Karl Javurek, Generaldirektor der Gewista, meint im Gespräch mit der „Presse“, der konkrete Fall sei ihm nicht bekannt. Und er sagt: „Normalerweise stehen unsere Tafeln nur mit einer Genehmigung da.“

Drei Jahre ohne Genehmigung

Heinz Lehner, SP-Bezirksvorsteher in Floridsdorf: „Es gibt leider eine Vielzahl von Tafeln, die ohne Genehmigung aufgestellt werden. Manchmal werden sie auch ohne Zustimmung der Grundeigentümer aufgestellt.“ Entdeckt (und angezeigt) würden derartige Fälle meist zufällig, so Lehner, „am häufigsten durch Verkehrsteilnehmer, die sich in ihrer Sicht behindert fühlen.“ Bis dahin hätten „die Werbefirmen jahrelang verdient“, so Lehner.

Sabine Gretner, Gemeinderätin der Grünen und Expertin für Stadtplanung und Architektur: „Dem Gutachten der MA19 braucht nichts hinzugefügt werden. Wir unterstützen diese Position. Die Frage bleibt, weshalb dieses Verfahren schon so lange dauert und erst jetzt, nach drei Jahren, entschieden wird. Das ist völlig unklar.“  
INFO

Plakatwände, die ohne Genehmigung aufgestellt werden, müssen entfernt werden. Darüber hinaus wird ein Verwaltungsstrafverfahren beim Bezirksamt eingeleitet. Die Höhe der Strafe bemisst sich auch nach der Schwere des Delikts. Nicht genehmigte Plakatwände fallen eher zufällig auf.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 13.02.2007)